

(Präsident.)

- (A) Debatte zu Ende führen. Ich habe es nicht in der Hand, die Rednerzahl zu vermindern. Mir war zugesagt worden, die Redner wollten nur 10 Minuten sprechen, und von jeder Partei sollte nur ein Redner noch gestellt werden. Ich sehe aber, da dies Versprechen nicht gehalten wird, kein Ende ab.

Der Herr Abgeordnete Sindermann hat zunächst das Wort.

- Abgeordneter Sindermann:** Meine Herren! Der Herr Vizepräsident Opitz bedauerte vorhin, daß die sozialdemokratischen Redner eine ganze Reihe von einzelnen Fällen vorgeführt haben, die doch jedenfalls den einen Zweck hatten, Material dafür zu erbringen, daß ein Arbeitswilligenschutz, wie er von konservativer Seite gefordert wird, durchaus nicht notwendig ist. Wenn wir allerdings das Material, das von unserer Seite vorgebracht wurde, mit dem dürftigen Material vergleichen, das für den Arbeitswilligenschutz ins Feld geführt wurde, dann begreife ich das Unbehagen des Herrn Vizepräsidenten vollständig. Aber er hätte dann nicht so weit gehen müssen, den Fürsten Bismarck als Kronzeugen dafür aufzurufen, daß er jedenfalls eine ganz andere Politik betreiben würde, und gerade mit Bezug auf die Sozialpolitik sich auf den Fürsten Bismarck zu berufen. Denn Fürst Bismarck hat den Ausspruch getan: Wenn die Sozialdemokratie nicht wäre und wenn die bürgerlichen Parteien sich nicht vor ihr gefürchtet hätten, hätten wir das bißchen Sozialpolitik in Deutschland, das wir haben, noch nicht. Es war deshalb sehr unglücklich, sich auf Fürst Bismarck zu berufen. Im weiteren ist es auch unglücklich, den Fürsten Bismarck wieder hervorzukehren, der notwendig wäre, den starken Mann in Deutschland zu markieren. Es ist bei der Entwicklung der ganzen industriellen Zustände, bei der Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland unmöglich, daß heute ein sogenannter starker Mann sich lange am Ruder halten könnte. Das war in der früheren Zeit möglich, als durch die Ausnahmegesetze die Sozialdemokratie gefnebelt war. Es war damals im Jahre 1878 auch leicht, ein Ausnahmegesetz zu schaffen, weil die bestehenden lokalen Organisationen der Arbeiter einen ganz geringen Umfang hatten, es war auch nur eine ganz minimale Presse vorhanden, und deshalb existierte noch nicht der Geist der Aufklärung, der heute in der deutschen Arbeiterschaft lebendig ist. Da war es möglich, ein Ausnahmegesetz zu schaffen. Aber wenn Sie heute versuchen, auf dem Wege des Ausnahmegesetzes die deutschen Arbeiter anders zu behandeln als andere Staatsbürger, dann haben Sie sich die Folgen zuzuschreiben; und wenn Sie nicht wünschen, daß der Anarchismus in Deutschland sich sehr entwickelt, wenn Sie nicht

wünschen, daß Sabotage usw. gemacht wird wie in einzelnen Bezirken des Auslandes, so sage ich, rühren Sie nicht an den Rechtsverhältnissen der deutschen Arbeiter, sonst könnten Sie eine Katastrophe heraufbeschwören, die vielleicht nicht Sie, aber Ihre Nachkommen einstmals sehr bedauern müßten. Die starken Organisationen lassen heute nicht mehr mit sich so spielen wie die kleinen vor 40 Jahren. Und dann betrachten Sie die ganze politische Entwicklung in Deutschland! Als Deutschland Agrarstaat war, da war es möglich, die Industriearbeiter niederzuhalten. Heute haben Sie es infolge der vorzüglich entwickelten deutschen Industrie damit zu tun, daß 8 Millionen erwachsene männliche Industriearbeiter vorhanden sind; von diesen sind ungefähr die Hälfte organisiert, 2½ bis 3 Millionen in den freien Gewerkschaften, die Sie absichtlich fortwährend mit sozialdemokratischen Organisationen verwechseln, und im übrigen in den christlichen Organisationen, in den Hirsch-Dunderschen Organisationen, und wenn man überhaupt von den gelben und den nationalen Arbeitervereinen noch reden will, da sind vielleicht auch noch einige drin. Aber beobachten Sie das eine. Herr Vizepräsident Opitz führte vorhin aus: Wir von der rechten Seite, wir tun doch vor allen Dingen in der Wahrung der Arbeiterinteressen das Menschenmögliche, wir werden nur immer von der linken Seite verdächtigt, als ob wir es nicht ehrlich meinten mit der Wahrung der Interessen der Arbeiter. Herr Vizepräsident Opitz, haben Sie bei uns die Vorgänge in den letzten Wochen verfolgt, handeln Sie im Interesse der Arbeiter, wenn Sie solche Anträge bringen? Haben Sie es nicht erlebt, daß alle Arbeiter, von den gewöhnlichen Hilfsarbeitern bis zu den technisch-industriellen Beamten, sich alle einmütig erhoben haben gegen Ihre Anträge, gegen das Vorgehen im Reichstag, gegen das Scharfmachen der Reichsregierung und der Landesregierung, einen sogenannten Arbeitswilligenschutz zu schaffen? Was sonst niemals bei uns in Deutschland gelungen ist, die Arbeiter unter einen Hut zu bringen, das ist, in dieser Frage wenigstens, Ihnen gelungen. Die Nationalliberalen waren so schlau, als sie merkten, daß die verschiedenen anderen Organisationen umschwankten und gegen die konservativen Anträge Sturm liefen, sofort den Hansabund anders zu dirigieren, sie haben ihre Anträge fallen lassen, und nun flehen sie die sächsische Regierung an, sie möchte dafür sorgen, daß wenigstens die bestehenden Gesetze ganz scharf gehandhabt werden, denn auf Grund der bestehenden Gesetze kann man dasselbe erreichen wie mit dem konservativen Antrage. Ich meine, ein solches Vorgehen hat zwar die Vorzüge der Schlaueit, aber konsequent ist es auf keinen Fall.